

F+ Deutschlands neuer Botschafter in Kiew sagte einem ukrainischen Medium Brisantes zur NATO

Verhandlungen, um den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu beenden, werden wohl kaum zu einer NATO-Vollmitgliedschaft Kiews führen. Doch der neue deutsche Botschafter in Kiew sieht das offensichtlich anders. Was er in einem Interview sagte

Von **Johannes Varwick**

29.10.2026



Die diplomatischen Bemühungen um Lösungen im Krieg gegen die Ukraine laufen auf Hochtouren, noch drehen sie sich im Kreis. Bekenntnisse und kühne Behauptungen ersetzen Erkenntnisse und nüchterne Bewertungen. Besonders in Deutschland. Manches bleibt im Verborgenen und im durch Carl von Clausewitz einst beschriebenen „Nebel des Krieges“.

Was sich jedoch sicher sagen lässt: Deutschland ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Seit der kurzen Begegnung von Außenminister Johann Wadepuhl mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow Ende September in New York wird behauptet, es sei doch für jedermann sichtbar, dass Verhandlungen allein an russischen Maximalforderungen scheiterten. Die Ukraine hingegen sei inzwischen zu Zugeständnissen bereit, etwa zu einem Waffenstillstand auf der Basis des derzeitigen Frontverlaufs – sie akzeptiere damit de facto territoriale Veränderungen.

Wofür Russland garantiert nicht zu haben ist

Russland gehe es, so die deutsche Platte in Dauerschleife, nicht um eine Lösung, sondern um nichts anderes als die Kapitulation – oder wahlweise sogar: Vernichtung – der Ukraine. Kanzler Friedrich Merz meint gar, Putin wolle nicht nur territoriale Gewinne, sondern die maximale Destabilisierung Europas. Darüber könne man eben nicht verhandeln. Stattdessen werde Deutschland die Ukraine so lange und so intensiv unterstützen, wie das nötig sei.

Die Konsequenz: Nach dem Ausstieg der USA aus der Finanzierung der Ukrainehilfen ist Deutschland der größte Unterstützer, auf allen Ebenen und mit fast allen Mitteln. Wo das enden und was das kosten soll, sagt der Kanzler nicht. Wie man das dauerhaft durchhalten will, bleibt ebenso im Verborgenen.

„So nah wie möglich an der NATO“

Da passt es ins Bild, dass Boris Ruge ☑ als neuer deutscher Botschafter in Kiew – ein erfahrener Diplomat, der im September 2023 zum beigeordneten NATO-Generalsekretär für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik aufstieg – im Interview ☑ mit dem ukrainischen Online-Nachrichtenportal *European Pravda* mitteilt, die Ukraine sei „Deutschlands erste Verteidigungslinie gegen ein imperiales Russland“.

Dem Land müsse daher aus deutschem Eigeninteresse massiv beigestanden werden. Man wisse zwar nicht genau, so Ruge, wann die Ukraine Vollmitglied der NATO werde, aber die Grundsatzentscheidung sei klar. Zumindest Deutschland wolle die Ukraine so nah wie möglich an der NATO sehen.





Damit wird die Frage einer NATO-Mitgliedschaft in einer Weise aufgeworfen, die eine Maximalposition zum zentralen Bestandteil einer möglichen politischen Lösung erklärt. Geschieht das in dem Bewusstsein, dass es ohne Verzicht auf diese Option keine Einigung mit Russland geben wird? Wie Wolodymyr Selenskyj wollen seine deutschen Verbündeten keine Neutralität der Ukraine, sondern deren Präsenz in der westlichen Allianz.

Selenskyj ließ bereits durchblicken, dass er sich einen raschen NATO-Beitritt einer territorial verkleinerten Ukraine als Teil eines möglichen Friedensschlusses vorstellen könne. Dass Russland dafür nicht zu haben ist und demzufolge die US-Regierung ebenso wenig, wissen exponierte Konfliktparteien wie Deutschland sehr genau. Warum wird trotzdem darauf bestanden? Weshalb jetzt, wenn sich mit in Aussicht stehenden trilateralen Gesprächen zwischen den USA, der Ukraine und Russland in Abu Dhabi diplomatische Sondierungen abzeichnen?

Kanzlerberater Günther Sautter und die laufenden Verhandlungen

Gewiss braucht die Ukraine verlässliche Sicherheitsgarantien, aber eben solche, die sowohl für sie als auch für Russland akzeptabel sind. Denkt man die von Ruge vertretene deutsche Position zu Ende, lässt sie nur den Schluss zu, dass der Krieg fortgesetzt werden soll, bis sich eine Seite durchsetzt. Die Wahl fällt damit auf einen dauerhaften Abnutzungskrieg mit all den daraus erwachsenden Eskalationsrisiken.

Die Tragik der Ukraine, so Harald Kujat, einst Generalinspekteur der Bundeswehr, bestehe darin, dass sie immer wieder Gelegenheiten für einen Ver-

handlungsfrieden verstreichen ließ, zum Teil auch deshalb, weil ihr suggeriert wurde, sie könne die Lage dank westlicher Unterstützung zu ihren Gunsten wenden.

Zuletzt stattgefundene Verhandlungen zwischen den USA und der Ukraine sowie den USA und Russland, an denen im Hintergrund teilweise der deutsche Kanzlerberater Günther Sautter beteiligt war, ändern daran nichts. Wie groß Sautters Einfluss ist, lässt sich nicht beurteilen. Doch ist anzunehmen, dass er vertritt, was seine Regierung verlautbart. Zu fragen ist eher: Gibt es Staaten, die Deutschland von seinem Irrweg abbringen? War das jüngste Telefonat zwischen dem finnischen Präsidenten Alexander Stubb und dem norwegischen Premier Jonas Gahr Støre mit Wladimir Putin auch diesem Ansinnen geschuldet?

China und der Globale Süden sehen den Ukraine-Krieg anders als die Bundesregierung

Deutschland hat sich mit seiner Position zunehmend isoliert. Die USA jedenfalls sehen das komplett anders, China ebenso, dazu Brasilien, Indien, Südafrika und andere Staaten des Globalen Südens. Europäisch nehmen die Friktionen zu. Innenpolitisch gerät der Starrsinn der Regierung Merz weiter unter Druck. Fast scheint es so, als ob ein Außenkanzler Merz mit seiner ideologiegetriebenen Außenpolitik innenpolitisches Versagen kompensieren will.

Wie soll man sich des Eindrucks erwehren, dass die deutsche Regierungsposition die Ukraine verheizt? Der Weg zur Hölle wird bekanntlich nicht als das ausgewiesen, was er ist. Offenbar braucht es eine neue Regierung in Berlin, die deutsche Diplomaten dem nachgehen lässt, wozu sie von Berufs wegen bestimmt sein sollten: Konflikte zu entschärfen und nicht deren Lösung zu verunmöglichen. **F**

